

Hamburg, den 31. August 1923

WIRTSCHAFTSDIENST

»WELTWIRTSCHAFTLICHE NACHRICHTEN«

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv an der Universität Hamburg in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel
Bezugspreis vierteljährl. 1 000 000 Mark :: In Kommission bei Otto Meißners Verlag, Hamburg
Schriftleitung: Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 5 :: Fernsprecher Hansa 2447-51 und Elbe 5052

8. Jahrgang

Nr. 35

Probleme der Außenpolitik

Nachdem man sich in den Kriegsjahren über die Kriegsziele nicht einigen konnte und sich dann schließlich im inneren Hader so sehr verstrickte, daß es nur noch den Ausweg der unüberlegten Unterwerfung gab, hieß es in Deutschland, es solle und dürfe nun keine Außenpolitik mehr geben. Man müsse sich jetzt ganz still verhalten, nichts mehr unternehmen und möglichst unscheinbar erscheinen. Diese Maxime wurde von einem Manne, der sich rühmen konnte, in Bismarcks Amtszimmer zu sitzen, schließlich so weit gedeutet, daß er sagte: Die beste Politik sei, keine Politik zu treiben. Diese Auffassung schien etwas für sich zu haben, denn mit den diplomatischen Methoden des Herrn Simons ging's auch nicht. Nun versuchte man es in der kurzen Ära Rathenau mit praktischen und positiven Vorschlägen, die jedoch nicht ausreifen konnten, weil es an Zeit gebrach; der Vertrag von Rapallo bewies aber immerhin, daß noch nicht alle deutschen Energien gelähmt seien und man bereit sei, vieles zu wagen, um sich aus der Schlinge zu lösen, in der die Entente uns völlig zu erdrosseln bereit schien. Des Kanzlers Wirth Erfüllungspolitik verzichtete nach Rathenaus Tod allerdings darauf, durch kühne Wendungen und blendende Argumente aufzufallen; es wurde aber doch ein Weg besritten, der schließlich zu einer gewissen Annäherung der Auffassungen Amerikas und Englands an den deutschen Standpunkt führte. Der Erfüllungswillen schuf eine sich leise erwärmende Atmosphäre, eine immer allgemeiner werdende Geneigtheit, sich mit Deutschland gütlich auseinanderzusetzen. Dr. Wirth erklärte sich für einen Kanzler der Linken, d. h. für einen ausgesprochenen Gegner aller jener, die immer nur von Erbfeinden und dem kommenden Tag sprachen. Die Tatsache seiner Kanzlerschaft bewies daher, daß Deutschland sich innerlich zu wandeln im Begriff stehe und hatte zur Folge, daß mancherlei Vorurteile im Auslande zu schwinden schienen. Allerdings wagte Dr. Wirth es nicht, diejenigen Konsequenzen zu ziehen, die nunmehr auf der Hand lagen: d. h. seine

Politik ausgesprochen demokratisch zu orientieren und dies stark und eindeutig zu betonen. Der Begriff der Erfüllung barg kein positives Aktivum in sich; es hätte mehr geschehen, es hätte dem deutschen Volke ein politisches Bekenntnis abgerungen und ein Ziel gezeigt werden müssen, daß hinter dieser qualvollen Erfüllung hervorgeleuchtet hätte. Es fehlte somit an Führung, — aber es fehlte auch an diplomatischem Können, an einem Ausnutzen auch der kleinsten Möglichkeiten, an der Erkenntnis, daß es nicht nur das Reparationsproblem, sondern auch noch andere weltgewichtige Fragen gebe. Es war z. B. sicherlich falsch, daß man sich so ganz und gar nicht um den Völkerbundsgedanken kümmerte. Warum kritisierte man das mißglückte Gebilde von Genf nicht in positiver Art, machte keine Vorschläge zur Wiederherstellung der eigentlichen Idee eines Konvents der Nationen, formulierte den deutschen Standpunkt nicht in dieser Frage, die die besten Geister Englands und der Neutralen beschäftigte? Da in dieser Richtung in Berlin seit Jahr und Tag gar nichts geschah, so gewöhnte sich die Welt schließlich daran, zu glauben, es gäbe unter den Deutschen keine konstruktiven Ideen mehr; dieses Volk hätte es verlernt, hieß es, an die Allgemeinheit der Nationen zu denken, die Fragen der Weltordnung zu behandeln und daran mitzuwirken, Deutschland in das System der Weltzusammenhänge einzubauen.

Das Kabinett Cuno vertiefte diesen Eindruck noch mehr. Man glaubte augenscheinlich, es genüge, auf das Wüten der Franzosen an der Ruhr hinzuweisen, um die Welt davon zu überzeugen, daß uns Unrecht geschähe. Man vermied ängstlich, sich zu fragen, was denn nun werden solle, wenn der Aufklärungsprozeß sich langsamer entwickeln würde, wie der Auflösungsprozeß im Innern vor sich ging. Den kleinen, aber schwerwiegenden Fehlern in der Erfüllungspolitik, womit das Kabinett seine Laufbahn begann, folgte noch kläglicheres Versagen im Innern. Deutschland verlor in der öffentlichen Meinung der Welt wiederum an Boden, — denn nun wurde

es offenbar, daß wir nicht nur nicht in der Lage seien, politisch, sondern auch wirtschaftlich zu denken. Der ehrbare Kaufmann konnte nicht einmal sein eigenes Haus in Ordnung bringen, sondern machte in beispielloser Gedankenlosigkeit bankrott. Was emsige diplomatische Arbeit in London vielleicht erreicht haben mochte, — dem englischen Kabinett die Meinung beizubringen, daß wir gerne für englische Konzeptionen und Pläne zu haben seien, wurde verdorben durch den kläglichen Eindruck des Versagens unserer Wirtschaftspolitik. Dieses Volk scheint ja endgültig von allen guten Geistern verlassen, hieß es daher in London, gerade in dem Augenblicke, wo die Herren Cuno und Rosenberg auf eine englische Intervention hofften. Darüber ging das Kabinett Cuno denn auch zugrunde.

Dr. Stresemann übernahm die Leitung der Geschäfte zu einem Zeitpunkte, wo wieder einmal aller Kredit völlig und restlos aufgezehrt war, den wir uns je im Auslande mühsam errungen haben mochten. Für einen Mann der Tat ergibt dieser Zustand eine Situation, die ebenso großartig wie beängstigend erscheint: es gilt, neu anzufangen. Das einzige Aktivum der politischen Lage ist in den Fehlern unserer Gegner, d. h. der französischen Regierung zu erblicken — woraus jedoch noch nicht folgt, daß diese Fehler uns nützen werden, nur weil sie Frankreich schaden. Sieht man dies erst einmal ein, dann heißt's, positive Schritte zu unternehmen. Reichskanzler Dr. Stresemann scheint, wenn nicht alles täuscht, auf dem Wege dazu zu sein. Es kann nicht heißen, Frankreich, koste es, was es wolle, ins Unrecht zu setzen, sondern es muß unser Bestreben sein, unser Recht und unser Ziel sichtbar zu machen. Hierzu bedarf es der Aufbietung aller Kräfte, die deutsche Wirtschaft zu ordnen und reparationsfähig zu machen. Erst wenn dies geschehen ist, — zum mindesten, wenn man uns glaubt, daß wir dieses ernstlich wollen —, gilt es, die Erkenntnis zu verbreiten, die Napoleon III. einmal zu Bismarck geäußert hat: „Wenn jedermann eine Politik der Erinnerungen führen wollte, so kämen zwei Nationen, welche sich einmal im Kriege gegeneinander befunden haben, niemals aus dem Kriege heraus; die politischen Männer müssen sich mit der Zukunft beschäftigen.“ Herr Dr. Stresemann wird sich somit zuerst einmal eine starke Gefolgschaft zu schaffen haben, die bereit ist, die Erinnerung an die Vergangenheit, in der wir mit 26 Nationen Krieg führten, ruhen zu lassen. Ihm steht die gleiche Aufgabe, die Metternich im Jahre 1809 übernahm, das verstümmelte, fast auf die Hälfte reduzierte Österreich mit Frankreich in geschäftlichen Kontakt zu bringen, bevor. Wie damals, wird es auch heute unerlässlich sein, Frankreich nicht zu ignorieren, sondern in dieser oder jener Weise zu einer direkten Aussprache mit uns zu veranlassen. In welcher Weise sich Dr. Stresemann diese Aussprache denken könnte, hat er angedeutet, als er sagte,

auf eine Differenzierung zwischen dem Reich und den Rheinlanden könne er nicht eingehen. D. h. also, es ließe sich über sehr vieles unter der unverrückbaren Bedingung, daß die Integrität des Reiches gewahrt bliebe, verhandeln. Hierauf hat Poincaré geantwortet, Frankreich denke an keine Annexionen. Auch Napoleon III. hat Bismarck mehrfach erklärt (z. B. 1857), es sei ungerecht, ihn zu beschuldigen, daß er nach der Rheingrenze strebe. Der Unterschied in diesen beiden Versicherungen besteht nur darin, daß Napoleon das linksrheinische deutsche Ufer als eine für Frankreich Europa gegenüber u n h a l t - b a r e Grenze bezeichnete, — während Poincaré und der Präsident Millerand Kreisen nahestehen, die diese Grenze für erstrebenswert zu halten pflegen. Da der französische Ministerpräsident als Freund deutscher Landesverräter vom Schlage Dortens und Co. somit kaum auf den gleichen Glauben stoßen dürfte, die Napoleons Klugheit beanspruchen konnte, so wird es die Aufgabe der deutschen Regierung sein, ihren Standpunkt in dieser Frage noch sehr oft und sehr deutlich zu betonen. Nicht nur, um dem Lebensinteresse Deutschlands Nachdruck zu geben, sondern um Europas willen, denn die Besitzergreifung des linken Rheinufer würde — wie Napoleon III. damals feststellte — Frankreich dahin treiben, auch Luxemburg, Belgien und Holland zu erwerben oder doch in sichere Abhängigkeit zu bringen. Eine solche Verstärkung der französischen Macht würde von Europa unerträglich befunden werden — „devrait engendrer la coalition“, und würde schwerer zu behalten als zu nehmen sein, — „un depot que l'Europe coalisée un jour viendrait reprendre“; eine solche an Napoleon erinnernde Prätension sei für die gegenwärtigen Verhältnisse zu hoch; man würde sagen, Frankreichs Hand sei gegen jedermann und deshalb würde jedermanns Hand gegen Frankreich sein. . . Heute, da Luxemburg und Belgien sich bereits „in sicherer Abhängigkeit“ von Frankreich befinden, die Schweiz und Holland ihre Rechte auf die Rheinschiffahrt geschmälert sehen und das benachbarte Spanien sich in Marokko ernsthaft von Frankreich bedroht fühlt — tut es gut, diese Worte Napoleons III. Europa und den Franzosen ins Gedächtnis zu rufen.

Frankreichs Machtstellung überragt diejenige des zweiten Kaiserreiches nun allerdings so sehr, daß man in Paris vielleicht geneigt ist, jeden Hinweis auf „Europa“ als lächerlich zu empfinden. Frankreich verfügt heute über die stärkste Armee und größte Luftflotte, über Bündnisse mit Polen und der kleinen Entente und hat schier unerschöpfliche Rekrutenmengen in seinen Kolonien zur Verfügung. Frankreich wäre also Deutschland im Jahre 1914 zu vergleichen — zumal seine Vasallen sehr an unsere Bundesgenossen erinnern —, da auch wir Europa und den Bund der Nationen gering schätzten. Gesiegt haben aber doch nicht die stärksten Bajonette, son-

dem die öffentliche Meinung der Welt, die Grundgesinnung der politisch-aktiven Glieder der Menschheit, die nun einmal gegen das reine Machtprinzip eingenommen ist. Napoleon III. wußte dies und hütete sich, eine Politik zu treiben, die ihm den Rhein, aber die Abneigung Europas eingebracht hätte, — und Napoleon I. verlor den Rhein, weil er, wie er auf Helena sagte, „die Völker beleidigt hatte“. Ist es nicht das Charakteristikum der französischen Politik der Gegenwart, die Völker zu beleidigen? Selbst in Spanien und Tirol, in Saragossa und Innsbruck, haben die Soldaten Napoleons I. sich 1809 nicht erlaubt, so zu wirtschaften, wie es heute im Ruhrgebiet auf Geheiß der Generale der dritten Republik geschieht. Da Herr Poincaré ein Freund historischer Erinnerungen ist, so wird er gegen solche Reminiszenzen wohl nichts einzuwenden haben, und da er gerne vom Wohle der Menschheit zu sprechen pflegt, so wäre es vielleicht angebracht, ihm auf dieses Gebiet zu folgen. Zumal man auch in England und Amerika Interesse daran zeigt, die allgemeineren Fragen der Weltpolitik und nicht nur einzelne Teilprobleme zu behandeln.

Vom europäischen Gleichgewicht ist in der englischen Presse wieder auffallend oft die Rede und der Vorschlag Frankreichs im Völkerbundsrat, das neutrale Schweden durch den französischen Satrapen Polen zu ersetzen, findet lebhaften Widerspruch nicht nur in ganz Skandinavien, sondern auch in England, Holland und der Schweiz, und zwar stets mit Hinweis auf dies alte und bewährte Prinzip des Ausgleichs der Kräfte auf unserem Kontinent. Es kann somit gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Geneigtheit im Wachsen ist, sich der französischen Übergriffe zu erwehren; ganz abgesehen von der Ruhrfrage und dem Reparationsproblem gibt es so viele Fragen, die der Besprechung harren, daß eine allgemeine europäische Diskussion wohl kaum auf die lange Bank wird geschoben werden können. Um nur einige zu nennen: 1. Die Frage der Rheinschifffahrt, 2. die Frage von Tanger, die England ja bereits mehrfach zum Gegenstand einer Konferenz machen wollte, 3. die Frage von Fiume, 4. die Fragen der neuen Handelsverträge, 5. das Abrüstungsproblem, 6. die russische Frage usw. Alle diese Fragen könnten nur auf Grund einer Neuregelung des Gleichgewichtsprinzips behandelt werden. Vorbedingung hierzu ist allerdings, daß man in Europa wieder europäisch zu denken lernt, wozu es bei den Weltmächten natürlich einer Konzentration auf die kontinentalen Probleme bedarf. Da seit dem Lausanner Frieden eine gewisse Entspannung, besonders in England, eingetreten ist, so scheint man in London, befreit von dem Alldruck des jetzt verminderten russischen Einflusses im Orient, hierzu geneigt zu sein. Wenn man es nun in Berlin fertig brächte, engere Fühlung mit den uns nicht unbedingt feindlichen und den neutralen Staaten zu nehmen, so ist

vielleicht jetzt der Augenblick gegeben, eine Aussprache stattfinden zu lassen, die schließlich in eine allgemeine Besprechung und Verhandlungen über das Reparationsproblem ausmünden könnte. Sollte Frankreich diese Absichten jedoch wiederum sabotieren, so wäre doch wohl ernstlich zu erwägen, ob es nicht an der Zeit sei, diese Aussprache im V ö l k e r b u n d e vor sich gehen zu lassen. Bekanntlich hat England uns bereits mehrfach nahegelegt, um unsere Aufnahme in den Bund nachzusuchen. Gewiß ist der Völkerbund in seiner heutigen Gestalt eine Karrikatur seiner Idee; das heißt aber noch nicht, daß er nicht zu einem Konferenzsaal umgestaltet werden könnte, in dem es endlich möglich wäre, auch die anderen Staaten der Welt, die an der Reparations- und Ruhrfrage indirekt interessiert sind, zur Äußerung ihrer Auffassungen zu veranlassen. Zweifellos würden England und die Neutralen nicht abgeneigt sein, Deutschland Sitz und Stimme im Rate des Bundes zu geben; was hiermit gewonnen wäre, liegt auf der Hand: die Isolierung, in der wir uns immer noch befinden, wäre überwunden und Frankreich wäre vor die Wahl gestellt, sich zu isolieren oder auf Verhandlungen einzugehen. Gewiß sprächen mancherlei Bedenken auch dagegen. Kommt man aber erst einmal zu der Erkenntnis, daß England niemals zu unseren Gunsten „eingreifen“ wird —, denn dies hieße in letzter Konsequenz den Krieg und Englands Politik ist der Friede — dann heißt es eben, das geringere Übel wählen. Eine Verbindung mit Rußland kann für uns nicht in Frage kommen; darauf zu warten, bis Rußland gleichfalls in den Bund eintritt, was an sich natürlich sehr wünschenswert wäre, ist zwecklos, so lange man in Moskau alles Heil nicht in der vernünftigen Einschätzung der weltpolitischen Schwäche des Sowjetstaates, sondern in der Auslandspropaganda sieht. Außerdem hat uns Rußland jene wirtschaftlichen Möglichkeiten, die nach Rapallo winkten, verschlossen; jede weitere Rücksicht auf Moskau wäre daher verfehlt: seit Lausanne und der Unterzeichnung des Dardanellenabkommens ist Rußlands Bedeutung und Gewicht so sehr gesunken, daß wir (leider!) nicht mehr nach Osten, sondern nur noch nach Westen schauen sollen. In Genf böte sich aber außerdem noch die Möglichkeit, aktive diplomatische Arbeit im Verkehr mit den anderen Großmächten und den Neutralen zu leisten, eine Arbeit, die richtig und vorsichtig angefaßt, auch den deutschen Minderheiten, Memel und Danzig, unseren Beziehungen zu Polen usw. zugute käme. Wenn Herr Dr. Stresemann sich anheischig macht, erst einmal andere Möglichkeiten zu finden und ein anderes Netz zu spinnen, so ist die Wahl der Mittel und Wege sein gutes Recht. Erweist es sich jedoch, daß man auf diese Weise nicht vorwärts kommt, dann darf es nicht von uns heißen, wir hätten aus Vorsicht und Schwäche davor zurückgeschreckt, uns nach Genf zu wagen.